

Entschließungsantrag

der SPD-Fraktion

der CDU-Fraktion

der Fraktion DIE LINKE

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

der BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

Aufnahme, Betreuung und Integration auch unter den neuen Rahmenbedingungen gewährleisten

Immer mehr Asylsuchende und Flüchtlinge kommen nach Deutschland – und damit auch nach Brandenburg. Unter hohen Risiken und nicht selten unter Einsatz ihres Lebens suchen sie aus existenzieller Bedrohung heraus den Weg nach Europa, um bei uns Zuflucht zu finden.

Die menschenwürdige Unterbringung und Aufnahme der nach Brandenburg kommenden Flüchtlinge fordert Brandenburg in einem noch nie dagewesenen Maße. Überall im Land nehmen Menschen sich dieser Aufgabe an. Gleichzeitig entstehen auch Unsicherheiten und Fragen in der Bevölkerung. Auf diese muss angemessen und ohne zeitlichen Verzug reagiert werden.

Jenseits aller politischen Unterschiede zwischen den Fraktionen stellt der Landtag fest:

1. Wir wollen Menschen, die vor Krieg und Bürgerkrieg, Folter oder Verfolgung zu uns fliehen, Schutz bieten.
2. Wir verurteilen Angriffe gegenüber Schutzsuchenden und Anschläge auf Flüchtlingsunterkünfte auf das schärfste. Sie stellen kriminelle Handlungen dar, die in Brandenburg mit der gesamten Härte des Strafrechts verfolgt werden. Rechtsextremistischer und fremdenfeindlicher Terror hatte und hat in Brandenburg keinen Platz. Wir werden ein offenes und tolerantes Land bleiben.
3. Wir würdigen, dass die Kommunen und das Land, vor allem durch das große Engagement zahlreicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltungen und der Hilfsdienste und Tausender ehrenamtlicher Helferinnen und Helfer, die Flüchtlinge schnell und menschenwürdig untergebracht haben. Diesem Engagement, aber auch dem der vielfältigen Willkommensinitiativen und der gesamten Zivilgesellschaft in unserem Land ist es vor allem zu verdanken, dass die Aufnahme bis zum heutigen Tag gut funktioniert. Ihnen allen gebührt unser tiefer Respekt.

4. Wir betrachten die Aufnahme, Betreuung und Integration als gesamtgesellschaftliche Aufgabe von Kommunen, Land und Bund, bei der jede Ebene ihrer Verantwortung nachkommen muss.

Klaus Ness
für die SPD-Fraktion

Ingo Senfleben
für die CDU-Fraktion

Ralf Christoffers
für die Fraktion DIE LINKE

Axel Vogel
für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Iris Schülzke
für BVB / FREIE WÄHLER
Gruppe